

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 21

Artikel: Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur : auch und gerade im Westen
Autor: Leich, Cornelia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auch und gerade im Westen:

Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur

Der Regensburger Politikwissenschaftler Professor Dr. Jens Hacker zieht eine kritische Bilanz der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik von 1949 bis 1989 und zeigt auf, in welchem Masse nicht nur die politischen Parteien, sondern auch Wissenschaft, Medien und Verbände ein schiefes Bild der DDR-Wirklichkeit gezeichnet und vermittelt haben. Es ist die Bilanz einer gigantischen politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Fehlorientierung. Sie hat auch für die vom nördlichen Nachbarn beeinflusste Deutschschweizer Linkspublizistik in Presse, Radio und Fernsehen volle Geltung.

Die Diskussion über die noch zu bewältigende DDR-Vergangenheit, die bisher mit Blick auf die Stasi allzu sehr unter verengter Ostpolitik litt, beginnt sich allmählich auf Tatsachen und Täter im Westen zu erweitern. Dazu bedarf es nicht einmal mühsamer Sucharbeit in irgendwelchen Geheimarchiven. Die Materialien liegen für jedermann offen, wenngleich in manchen Fällen ihre Urheber sie heute am liebsten verstecken würden. Dabei waren die einschlägigen Bücher und Artikel einmal Schrittmacher «fortschrittlicher» Denkungsart, des Zeitgeists vor der Zeitenwende.

«Wahrnehmungsstörungen» bei Journalisten

Der eine oder andere im Westen kam nach dem Fall der Mauer ins Grübeln über vorherige Wahrnehmungsstörungen. Sätze wie die folgenden von «Stern»-Redakteur Klaus Liedtke 1990 blieben aber eher die Ausnahme:

«Wenn also die DDR schon länger so schlimm war, wie sie nun dasteht — warum hat es der sogenannte kritische Teil der Öffentlichkeit in der BRD erst so spät gemerkt? Wie konnten in einer Zeit, die sich das Informationszeitalter nennt, so viele so lange die Ruine für ein stabiles Gebilde halten? Warum haben wir, dieses Blatt eingeschlossen, mit dem, was dort geschah, nicht einmal als entfernte Wirklichkeit gerechnet?»

Die wahren Zustände in der DDR wurden ignoriert, geschönt oder verkannt. «Deutsche Irrtümer» allenthalben, die der Regensburger Politikprofessor Jens Hacker jetzt in einem Buch unter diesem Titel nachzeichnet.

Entstanden ist dabei eine umfassende, kritische und für manche beschämende Bilanz der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik von 1949 bis 1989, die deutlich macht, in welchem Masse Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien, insbesondere seit Ende der sechziger Jahre, durch Ignoranz und falschverstandene Entspannungsbemühungen zur Stabilisierung des DDR-Regimes

beigetragen und damit letztlich das menschen(rechts)verachtende System mit aufrechterhalten haben. Jens Hacker kennzeichnet sie mit dem Untertitel «Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur».

Wie schön das DDR-Bild gefärbt wurde, wie sehr die rosa Brille den Blick verschleierte, bringt Hackers Materialsammlung an den Tag.

Fakten ignoriert, geschönt oder verkannt

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wurde in der öffentli-

chen Diskussion über Jahre als Relikt aus längst vergangenen Tagen behandelt, die DDR als ein in jeder Hinsicht gleichartiger und gleichwertiger politischer Partner dargestellt.

Die Fülle der einschlägigen Zitate macht betroffen, für manche der Zitierten möchte man sich schämen, besonders dann, wenn die Betroffenen selbst bis heute dazu keine Veranlassung sehen. Zum Beispiel Theo Sommer, Chefredaktor der führenden deutschen Zeitschrift «Die Zeit», welche das Sprachrohr der Intellektuellen ist.

«DDR 1986 . . . Es herrscht Bewegung statt Stagnation, die Zaghaftigkeit hat einer selbstbewussten Gelassenheit Platz gemacht, das Grau weicht überall freundlicheren Farben, die niederdrückende Trübsal ist verflogen . . . Vor allem wirkt das Land bunter, seine Menschen sind fröhlicher geworden . . . Drüben hat sich ein zweites deutsches Wunder vollzogen — ein gedämpftes, gebremstes Wunder, aber dennoch.» (1986)

«Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen. Nichts wäre geeigneter, die sich anbahnende Entkrampfung und Differenzierung in Osteuropa aufzuhalten.» (1989)

Politische Forderungen im Sinne der DDR kamen auch von Fritz Pleitgen, Chefredakteur des WDR und von 1977 bis 1982 Leiter des ARD-Studios in Ost-Berlin. Er forderte 1982:

«Auflösung der ebenso überständigen wie ineffektiven Erfassungsstelle Salzgitter, einen Grenzverlauf in der Mitte des Flusses auf dem bislang umstrittenen Elb-Abschnitt und Nachdenken über Ost-Berlins Forderung nach Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft.» (1982)

Ob Pleitgen schon einmal der Gedanke gekommen ist, dass ohne das Festhalten an einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit nicht ein einziger Botschaftsflüchtling in die Freiheit gelangt wäre?

Stur i.S. Ex-DDR

Symptomatisch für die latente Bereitschaft der DRS-Medien, gegen Bonn gerichtete Aversionen in der früheren DDR herauszustellen, waren Radioberichte am «Tag der deutschen Einheit», dem 3. Oktober. In einer kurzen Nachricht über die offizielle Feier in Schwerin in den Radiobulletins wurde eine Demo (von 70 Aktivist) hervorgehoben; Bundeskanzler Kohl sei «tätlich angegriffen» worden. Die Polizei sprach dann allerdings nur von einer «Rempelei», und das ZDF-«Heute» übergang die Sache völlig. Nur einer der Demonstranten behauptete stolz, Kohl «eine reingehauen» zu haben.

Tags zuvor hatte sich ein DRS-Radioreporter bemüht, von den Entlassungen bei der «Märkischen Faser AG» betroffene Arbeiter auf dem Wunsch zu behaften, die Wiedervereinigung rückgängig zu machen. Das gelang in keinem Fall. Als der zuständige Bürgermeister sich differenziert äusserte, kommentierte der Reporter: «Viel anderes kann ein Politiker, der nicht

Hoffnungslosigkeit verbreiten will, gar nicht sagen.»

Ganz dem Frust der Wiedervereinigung war die TV-«Rundschau» vom 16. September gewidmet, mit drei entsprechenden Berichten aus Ostdeutschland. Zufällig befassten sich ARD und ZDF am selben Abend mit demselben Thema, aber aus erweiterter Sicht: ARD informierte über nationalistische Töne bei Leipziger Jungsozialisten, und ZDF bot einen objektiven Report über den industriellen Neuanfang in der thüringischen Autostadt Eisenach.

Im deutschschweizerischen Medienverbund — der «Tages-Anzeiger» dokumentiert es z. B. mit Stolpe-freundlichen Beiträgen eines Fred Müller — ist zähe Anhänglichkeit an die Vorstellung einer DDR, «die Menschen doch viel Gutes brachte», die Norm. Unausrottbar wie die Erinnerung an den Führer, «der doch die Autobahnen baute», oder jene an Mussolini, «der endlich die Züge pünktlich fahren liess» . . . (wag.)

Hans Heigert, Chef des Goethe-Instituts, lange Zeit Moderator von «Report München» und danach Chefredakteur der «Süddeutschen Zeitung»:

«Die Neuerrichtung eines grossen deutschen Staates, noch dazu «Wiedervereinigung» genannt, kann kein reales Ziel sein.» (1984)

Bei Bölling, nach Günter Gaus Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, kommt die Idee eines geeinten Deutschland nur als vermutete Phantasie Erich Honeckers vor.

«Weltwoche»-Mitarbeiter Bölling: Fehl- und Falschurteile

Dem «Souverän» mit dem «Stroh-hut», wie er Honecker liebevoll nennt, unterstellte er 1983, es beschäufte ihn

«zeitweilig die Vorstellung von einem starken — den Sicherheitsbedürfnissen auch der Sowjetunion genügenden — Gesamtstaat, bevölkert von fleissigen und disziplinierten Deutschen, denen ein «alternativer» preussisch-sozialistischer Lebensstil eines Tages anziehender erscheint als die permissive und auf Konsum orientierte Gesellschaft im Westen».

Dass die im realexistierenden Sozialismus lebenden fleissigen und disziplinierten Deutschen eines Tages dem Wunsch nach «Deutschland, einig Vaterland» nicht sozialistischer Prägung artikulieren könnten, vermochte Bölling sich offensichtlich ebenso wenig vorzustellen wie viele seiner Kollegen.

Nun muss man den Journalisten zugeben, dass sie sich mit Fehleinschätzungen und Negation der Realität in bester Gesellschaft befunden haben. Führende Politiker haben jahrzehntelang die These vertreten, im Interesse einer dem Frieden dienenden Entspannungspolitik sei es notwendig, das politische System der DDR stabil zu halten, permanente Menschenrechtsverletzungen höchstens hinter verschlossenen Türen anzusprechen und den Gedanken an eine Wiedervereinigung aus dem Re-

pertoire der politischen Überlegungen zu verbannen.

Das Ziel, die staatliche Einheit zu erlangen, wird als «objektiv und subjektiv Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung» (SP-Sicherheits-Experte Egon Bahr, November 1988) diffamiert, der Gebrauch des Begriffs «Wiedervereinigung» als «opportunistisch und widerwärtig» (ex SP-Parteisekretär Peter Glotz, Oktober 1989) gescholten.

Auch für solche Entgleisungen bietet Hacker zahlreiche Beispiele.

«Eingedenken tut not und kein geschichtsferner Traum von einer Wiedervereinigung, die in Wahrheit, da es Auschwitz gab, undenkbar ist», war noch im Juni 1990 die Überzeugung von Professor Walter Jens.

Für die von Willy Brandt einst protegierte Berliner Politologin, Margarita Mathiopoulos, gab es selbst Anfang November 1989, wenige Tage vor dem Fall der Mauer, keinen Zweifel daran, wenn man Freiheit und Reformen in der DDR wolle,

«setzt dies den formellen Verzicht auf Wiedervereinigung und die endgültige Anerkennung eines zweiten deutschen Staates und der ostdeutschen Staatsbürgerschaft voraus. Wir müssen die Teilung Deutschlands anerkennen, um die Teilung Europas zu überwinden.»

Die kollektiven Missinterpretationen, Fehleinschätzungen und bewussten Ausblendungen essentieller politischer Fragen durch weite Teile von Politik, Wissenschaft und Publizistik bedürfen der sorgfältigen Aufarbeitung.

Irrtümer zwanghaft «verinnerlicht»

Ein «Wir haben uns eben geirrt» kann als Erklärung auch dann nicht genügen, wenn man den aus unterschiedlichen Positionen heraus berufsmässig mit Politik Befassten wie jedem andern ein «Menschenrecht auf Irrtum» zugesteht und diese Irrtümer durch jahrzehntelange lautstarke öffentliche Wiederholung sich

fast zwanghaft ins Bewusstsein eingegraben haben.

Waren sie wirklich so unvermeidbar, und werden sie inzwischen wenigstens als Irrweg erkannt? Natürlich hätte man über die tatsächlichen Vorgänge in der DDR, über die Stimmung in der Bevölkerung, über die Menschenrechtsverletzungen von Ausreiseverbot bis Zwangsadoption, Bescheid wissen können. Zeugen und Beweise gab es genug; niemand würde dies heute ernsthaft bestreiten.

Anders sieht es mit der These aus, die Wirklichkeitsausblendung sei im Interesse eines höheren Zieles, nämlich der Friedenssicherung durch Entspannung, dem «Wandel durch Annäherung», richtig und notwendig gewesen und deshalb auch im nachhinein nicht zu beanstanden, sondern, im Gegenteil, als Grundlage für den Zusammenbruch des DDR-Regimes anzusehen.

Affenweisheit: Nichts Böses sehen, hören, sagen

Nicht diejenigen, die gegen den Zeitgeist am Wiedervereinigungsangebot, an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit und an der Forderung nach Abschaffung von Mauer und Stacheldraht festhielten, sollen dazu beigetragen haben, dass Freiheit und Menschenrechte auch für die Deutschen in der ehemaligen DDR möglich wurden, sondern jene, die teils aufgrund eigener ideologischer Verblendung oder unkritischen Mitläufertums von eben dieser Freiheit nichts hören wollten.

Die Wirklichkeitsausblendung wird perpetuiert, die Versäumnisse von gestern werden zur guten Tat von heute hochgejubelt. Diese Interpretation lässt Selbstzweifel gar nicht erst entstehen und verhindert jede differenzierte Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte. Theo Sommer hat im Mai 1990 auf seine Weise die Fragen beantwortet ob die «Zeit» in «all den Jahren und Jahrzehnten einer verfehlten Deutschlandpolitik angehängt» habe, ob «unser Bild von der DDR falsch, unser Urteil über die

Zukunft der Nation geschichtslos» war. Den Deutschen «widerfährt das Glück der Einheit. Damit nicht gerechnet zu haben ist keine Schande». Im Klartext: Wenn wir vorher gewusst hätten, dass das politische System der DDR keinen Bestand haben würde, hätten wir anders berichtet.

Opportunismus und kollektive Ängstlichkeit

So deutlich entlarven sich Opportunismus und vorauslaufender Gehorsam selten. Sommer gibt offen zu erkennen, was auch viele seiner Kollegen bei der Behandlung der Deutschen Frage entscheidend beeinflusst hat: Die Überzeugung, das sozialistische System sei der Sieger der Geschichte, dem mit Vorauskonformismus zu begegnen ist, um «nicht nur heute richtig zu liegen, sondern auch für morgen gut gebettet zu sein», wie Hilde Domin es einmal formulierte.

Vorauskonformisten wie «Klaus Bresser, Lutz Lehmann, Peter Merseburger, Fritz Pleitgen, der Redaktion der ZDF-Sendung Kennzeichen D und vielen Redakteuren sowie Mitarbeitern aus dem Fernseh- und Rundfunkbereich» schreibt Hacker ein Wort Thomas Kielingers ins Stammbuch:

«Was die Medien der Bundesrepublik an Blindheit und Wunschdenken gegenüber der alten DDR offenbarten, kann eigentlich im nachhinein nur als beschämend bezeichnet werden. Eine Art kollektiver Ängstlichkeit dominierte, wo die Unerschrockenheit des eigenen Urteils und Sehvermögens gewünscht gewesen wäre. So kam es zu freiwillig-unfreiwilligen Täuschungen der Öffentlichkeit (Leser, Zuschauer). Ein blamables Kapitel des deutschen Journalismus». *Cornelia Leich (Redaktion Medien Dialog, München)*